

Antragsbuch LPT 06/07.01.2018 Greding

1.	Einladung & vorl. Tagesordnung	Seite 2
2.	TO Anträge	Seite 3
3.	Satzung	Seite 4-17
	a. Aufspaltung	4
	b. Ladungsfrist für MV	5
	c. Koalitionsvereinbarung	6
	d. Unabhängigkeit Lavo	7
	e. Mandatsträgerabgabe	8 & 9/10
	f. Änderung Wahlordnung	11-16
	g. GO Parteitage	17
4.	sonstige Anträge	Seite 18-32
	a. Straßenausbaubeitrag Lavo	18
	b. Straßenausbaubeitrag KV RO	19
	c. Transparenz LFA's	20
	d. Zugang Mitgliedsdaten	23
	e. Bewerbungsreden	25
	f. Staatskirchenverträge	27
	g. Mitgliederaufnahme	30
	h. Programmanträge der LFA	31
5.	Bewerbung Landesschiedsgericht	Seite 33
6.	Schulungsangebote für die AfD BY	Seite 34

Info: Die Anträge wurden zum Teil als PDF, als Word, als Textdatei, als Bild etc eingereicht, so dass die Schriftgrößen-Arten-Formen unterschiedlich sind.

1. Einladung & vorl. Tagesordnung

Liebe Mitglieder der AfD Bayern,

hiermit laden wir Sie herzlich zum nächsten ordentlichen Landesparteitag der AfD Bayern am 06.01.2018 und 07.01.2018 im Hippodrom in Greding ein.

Im Vorfeld des Parteitags findet am 06.01. um 10.00 im Hippodrom die Dreikönigsrede des Landesvorsitzenden der AfD Bayern statt.

Bitte beachten Sie, dass vom letzten Landesparteitag kein Antrag verwiesen wurde; Anträge die behandelt werden sollen, müssen also neu gestellt werden. Die Frist zur Einreichung von Anträgen endet 14 Tage vor dem Parteitag. Anträge reichen Sie ein unter landesvorstand@afdbayern.de.

Ort: Hippodrom Greding, Industriestraße 21, 91171 Greding

Zeit: 06.01.2018 von 10.15 Uhr bis ca. 21.00 Uhr

07.01.2018 von 10.00 bis ca. 18.00 Uhr

Einlass jeweils ab 08:30 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung
2. Wahl des Versammlungsleiters und der stellvertretenden Versammlungsleiter
3. Wahl der Protokollführer, des Wahlleiters, stellvertretenden Wahlleiters und der Zählkommission, der Antragskommission sowie Feststellung der Zahl der anwesenden Mitglieder
4. Beschluss der Tagesordnung
5. Wahl der Beisitzer im Landesvorstand
6. Rechenschaftsbericht 2016+2017
7. Bericht der Kassenprüfer über das Jahr 2016+2017 und Aussprache
8. Entlastung des Vorstands für 2016+2017
9. Wahl des Landesschiedsgerichts
10. Wahl der bayerischen Vertreter im Bundeskonvent
11. Wahl der Kassenprüfer
12. Beratung von Anträgen zur Satzung und den Ordnungen der Partei
13. Beratung sonstiger Anträge
14. Beschluss, den nächsten Landesparteitag als Mitgliederparteitag abzuhalten
15. Sonstiges
16. Singen des Bayernlieds und der Nationalhymne

2. TO Anträge

THOMAS FÜGNER Dipl.Kfm.
Systemischer Berater & Coach (ICO)
LFA 4,5&7, KKV München Ost



T 089 / 17 9293 14
m 0172 / 827 3158
Thomas.Fuegner@AfDBayern.de
www.Fuegner.de
Lamontstr. 6
81679 München

München. 16.12.17

Antrag Wahl des Leiters „Wahlkampfprogramm“ als Tagesordnungspunkt

zum LPT am 6./7.1.2018 in Greding

Die Antragsteller (Mitgliedsnummer):

Dr. Christoph Birghan, (14374), Brigitte Fischbacher (NN), Daniela Förster (10608352), Thomas Fügner (195), Heinz Göring (10598993), Thomas Kaiser (10584857), Claudia Marino (10576153), Dorothe Merlot (7809), Manfred Netz (10586643), Stefan Pirzer (10573962), und Edeltraud Schwarz (6977)

widersprechen der Festsetzung des Wahlprogrammkoordinators durch den Landesvorstand und stellen fest:

Die Landesprogrammkommission ist für die Erstellung des Wahlprogramms verantwortlich, ist aber bei der Bestellung Wahlprogramm- Koordinators übergegangen worden.

Wir stellen hiermit folgenden

Antrag

Der Landesvorstand möge

1. die Wahl des Programmkoordinators festlegen durch **Öffentliche Wahl** auf dem nächsten Parteitag in Greding am 6./7.1.2018
- 2.) Vorsorglich wird beantragt, diese Wahl auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung: Die Wahl des Programmkoordinators hat demokratischen Prinzipien zu unterliegen. Die bayer. Satzung legt fest:

§ 16 Landesprogrammkommission (1) Die Landesprogrammkommission besteht aus *zwei vom Landesvorstand und je zwei von jedem Bezirksvorstand benannten Mitgliedern, sowie den Sprechern der Landesfachausschüsse*. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung. [GO Landesfachausschüsse HIER] (2) Die Landesprogrammkommission hat die Aufgabe, Programmvorschläge für die Landespolitik zu entwickeln. Sie fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit ihrer bei den Abstimmungen anwesenden Mitglieder. ...Über die gefassten Beschlüsse einschließlich der Minderheitenvoten ist nach Zustimmung durch den Landesvorstand eine Mitgliederbefragung durchzuführen. (4) Das Ergebnis der Mitgliederbefragung ist von der Landesprogrammkommission in den Programmentwurf für den Landesparteitag einzuarbeiten.

3. Anträge zur Satzung

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern

Antragsteller: Landesvorstand Bayern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der bisherige § 3 Absatz 3 der Satzung der AfD Bayern wird in Absatz 4 um benannt.

Als neuer § 3 Absatz 3 wird eingefügt:

„Soll ein bestehender Verband in mehrere neue Verbände derselben

Gliederungsebene aufgeteilt werden, so ist mit Ladungsfrist von mindestens zwei Wochen eine Mitgliederversammlung im bestehenden Verband

einzuberufen, in der vom bisherigen Vorstand die Trennung einschließlich der Wahlen der neuen Vorstände auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Über die Aufspaltung des bestehenden Verbands in die neuen Verbände entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Satzungsänderung zur Ladungsfrist von Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände

Satz 3 von Paragraph 8, Absatz 1 der Landessatzung lautet derzeit:

Die Ladungsfrist für die Mitgliederversammlung der Gebietsverbände beträgt mit Ausnahme der Aufstellungsversammlungen für öffentliche Wahlen nach § 7 mindestens zwei Wochen.

Dieser Satz soll gestrichen werden.

Begründung:

Mit der Streichung dieses Satzes wird die Ladungsfrist für Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände auf das in Paragraph 5, Absatz 6 genannte Minimum von drei Wochen erhöht. Das ist notwendig, damit ein hinreichender zeitlicher Abstand zwischen der Ladung der Mitglieder und der zweiwöchigen Frist für die Beantragung von Erweiterungen der Tagesordnung (siehe § 8, Absatz 2 in Verbindung mit § 5, Absatz 7) gegeben ist.

Antragsteller/Unterstützer ist der Kreisvorstand des KV Fürth /Neustadt a.d.Aisch

Satzungsänderung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Paragraph 18 der Landessatzung lautet derzeit:

§ 18 Koalitionsvereinbarungen

Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

Dieser Paragraph soll zukünftig lauten:

§ 18 Koalitionsverhandlungen und -vereinbarungen

(1) Die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen setzt einen Beschluss des Vorstands mit 2/3-Mehrheit voraus.

(2) Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

Begründung:

Mit der Satzungsänderung soll die Hürde für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen erhöht werden. Koalitionsverhandlungen sollen nur dann aufgenommen werden, wenn sich eine große Mehrheit des Landesvorstands dafür ausspricht. So soll verhindert werden, dass der Landesvorstand sich leichtfertig in Koalitionsverhandlungen begibt und die Parteibasis dann beim Mitgliederentscheid vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Satzungsänderungsantrag zur Unabhängigkeit des Landesvorstands

§19 der Landessatzung lautet derzeit:

§19 Unabhängigkeit der Landesvorstände

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen Vorstandsmitglied stehen.

§19 soll zukünftig lauten:

§19 Unabhängigkeit der Landesvorstände

(1) Bei der Wahl zum Landesvorstand haben alle Kandidaten etwaige Beschäftigungsverhältnisse mit Mandatsträgern, Parteigliederungen und Parteimitgliedern bekannt zu machen.

(2) Wer als Mitglied im Landesvorstand eine Beschäftigung wie in (1) aufnimmt, hat dies unverzüglich dem Landesvorstand mitzuteilen und sich beim nächsten Landesparteitag durch eine Mitgliederabstimmung für sein Amt zur Wahl zu stellen.

Begründung 1:

Hiermit ist es von außen möglich einem Landesvorstand die finanzielle Grundlage durch Kündigung zu entziehen, ohne eine Möglichkeit zu haben, das Vorstandsmitglied durch Unterstützung der Partei oder seiner Abgeordneten zu helfen.

Begründung 2:

Der jetzige §19 gängelt ja nicht nur die potentiellen Kandidaten, sondern auch die Mitglieder, denen in einem solchen Fall die Entscheidungsfreiheit genommen wird.

Begründung 3:

Es ist jedes Engagement für die Partei zu fördern und nicht zu behindern.

Misha Rosalie Böbenecker, 10616393, Antragstellerin

Juanita Klunk, 4976

Linda Amon, 10573786

Dr. Rainer Kraft, KV Augsburg.Land, 10571162

Corinna Schenz, 10611349

Rafael Hauptmann, 10611246

Stephan Protschka, 8488

Burkhardt Brinkmann, 4047

Axel Zamzow, KV Dachau/FFB, 11866

Hartmut Kiesel, 10573758

Tobias Matthias Peterka, 2221

Beatrix Neuber, 10594939

Bernd Prokopp, 10612670

Thomas Fügner, 159

Georg Höhenleitner, 3375

Antragsteller: KV München Ost

Es wird beantragt:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nach § 21 der Landessatzung der Alternative für Deutschland in Bayern soll ein § 22 eingefügt werden:

Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete und Mitglieder des Europaparlaments der Alternative für Deutschland aus Bayern haben von ihren Aufwandsentschädigungen einen monatlichen Nettobetrag von mindestens 1.000 Euro an den Landesverband zum Aufbau einer Landesinfrastruktur zu bezahlen. Wenn die Zahlungen nicht geleistet werden, ruht die Mitgliedschaft in der Partei und es können ggf. gem. § 8 Ordnungsmaßnahmen verhängt werden.

Begründung:

Zum Aufbau einer funktionstüchtigen Infrastruktur in Bayern sollen die Mandatsträger herangezogen werden, wie es auch in anderen Parteien üblich ist. Eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes: Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 155/16 hat ergeben, dass dies rechtlich unbedenklich sei.

Vgl. Anlage

Viele Grüße

KV München Ost

Antrag auf Satzungsänderung

auf dem LPT der AfD Bayern in Greding
am 6./7. Januar 2018

Thema: Mandatsträgerabgabe

Finanzordnung des Landesverbandes Bayern

§ 3 Finanzverteilung im Landesverband

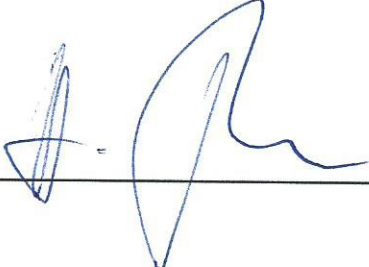
(4) Abgeordnete des Deutschen Bundestags, des Bayerischen Landtags und des Europaparlaments führen monatlich einen Mandatsträgerbeitrag in Höhe von 6,5 % ihrer Abgeordnetenentschädigung an den Landesverband ab. Die Aufteilung dieser Mandatsträgerbeiträge erfolgt analog zu der Regelung bei den Mitgliederbeiträgen, also

- a) den Kreisverbänden 60 v.H.
- b) den Bezirksverbänden 10 v.H.
- c) und dem Landesverband 30 v.H.

Begründung: Die Mandatsträgerabgabe ist in allen anderen Parteien verbindlich geregelt und ein signifikanter Bestandteil der Parteienfinanzierung. Für die AfD fehlt eine Regelung hierzu. Seit 24. September hat die bayerische AfD 14 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Es darf davon ausgegangen werden, dass im Herbst 2018 auch mehrere Abgeordnete in den Bayerischen Landtag einziehen werden. Die Finanzsituation der Partei ist nach wie vor angespannt und uns steht ein kostspieliger und wichtiger Landtagswahlkampf ins Haus. Deshalb sollte so schnell wie möglich eine verbindliche Regelung gefunden und konsequent umgesetzt werden. Davon profitieren der Landesverband, sämtliche Gliederungen und natürlich die Mandatsträger.

Vachendorf, 20.12.2017

Antragsteller: Dr. Hans Fellner, Mitgliedsnr. 10607316



Mitantragsteller (37):

Jacqueline Kretschmer Nr. 10597201, Andreas Füssel Nr. 10624750, Oliver Krogloth Nr. 10611068,

Roland Kapser Nr. 10599980, Franz Bergmüller Nr. 5522, Andreas Winhart Nr. 10592611,

Paul Traxl Nr. 10570460, Georg Hock Nr. 7674, Beatrix Neuber Nr. 10594939,

Hein Tiede Nr. 7811, Johann Humbs Nr. 10591380, Linda Amon Nr. 10573786,

Wolfgang Sidamgrotzki Nr. 10590354, Stefan Pirzer Nr. 10573962, Eva Maria Zernig Nr. 11881,
Daniela Förster Nr. 10608352, Brigitte Fischbacher Nr. 10614071, Klaus Krestel Nr. 10612050,
Juanita Klunk Nr. 4976, Heike Themel Nr. 10628925, Hildegard Fritzmeier 6624,
Dr. Franz Fritzmeier Nr. 6626, Peter Gebhardt Nr. 2333, Dorothe Merlot Nr. 7809,
Johannes Magnus Köhler Nr. 10606788, Anton Rigel Nr. 10590532, Gerd Heitzer Nr. 10594960,
Dieter Stahl Nr. 9307, Dr. Christian Stahl Nr. 10578522, Robert Hollweck Nr. 2732,
Bernhard Wagner Nr. 2124, Wernfred Ziener Nr. 10598632, Karl Genitheim Nr. 11960,
Thomas Wagenseil Nr. 10611236, Hansjörg Müller Nr. 10578002, Michael Groß Nr. 6963,
Torsten Probst Nr. 6472

Antragstellerin:
 Ass. jur.
 Iris Wassill
 Ludwig-Erhard-Allee 25
 81739 München
 Iris.wassill@afdbayern.de
 MitglNr. 13393

München, den 22.12.2017

weitere Antragsteller:

Walter Bischl MitglNr. 14445, Frank Lisse MitglNr. 10360, Roswitha Kinzel-Rieder MitglNr. 6567, Bruno Fuchert MitglNr. 10610715, Rudolf Fischer MitglNr. 10600304, Frank Dymann MitglNr. 10600303, Georg Hock MitglNr. 7674, Axel Schweigert MitglNr. 10625840, Ramona Köllner MitglNr. 10625669, Christina Specht MitglNr. 13675, Paul Schweiger MitglNr. 4968, Thomas Manderfeld MitglNr. 10573960, Gerhard Winter MitglNr. 10600301, Ingrid Rottengatter MitglNr. 10570073, Franz Bergmüller MitglNr. 5522

Beschlussantrag

Der Landesparteitag des Landesverbandes Bayern im November 2017 in Greding möge beschließen:

Die Wahlordnung des Landesverbandes Bayern der Alternative für Deutschland wird wie folgt geändert:

Neue Fassung

Alte Fassung:

§ 2 Allgemeine Regelungen

§ 2 Allgemeine Regelungen

(3) Stimmenthaltungen und Stimmen, die auf nicht zur Wahl stehende Personen entfallen, zählen als ungültige Stimme, ebenso zählen auf Nein lautende Stimmen bei Sammel- und Stichwahlen als ungültige Stimmen. Diese bleiben bei der Ermittlung des Wahlergebnisses unberücksichtigt.	Gewählt ist, auf wen die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfällt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt. Ein Stimmzettel ohne gültiges Votum gilt als nicht abgegeben.
--	---

§ 5 n. F. Einzel- und Gruppenwahl

§ 6 Herkömmliche Einzel- und Gruppenwahl

(1) Einzelwahl mit einem Kandidaten	
Gibt es nur einen Kandidaten, so ist die vorgeschlagene Person gewählt, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen hat. Erhält sie nicht die nach Satz 1 erforderlichen Stimmen, so ist erneut zu wählen.	Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und ist nur ein Kandidat vorhanden, kann auf dem Stimmzettel „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält der Kandidat nicht die einfache Mehrheit im Sinne von § 2 Absatz 3, ist erneut zu wählen.
(2) Einzelwahl mit mehreren Kandidaten	
Sind mehrere Kandidaten vorhanden, ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Erfüllt keine Person die Voraussetzung des Satz 1, so findet eine Stichwahl statt zwischen den beiden Personen, die bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das	Soll durch die Wahl eine einzelne Position besetzt werden und sind mehrere Kandidaten vorhanden, kann auf dem Stimmzettel der Name eines Kandidaten oder „Nein“ oder „Enthaltung“ vermerkt werden. Erhält keiner der Kandidaten die einfache Mehrheit im Sinne von § 2 Absatz 3, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den relativ höchsten Stimmenzahlen.

<p>Los, wer an der Stichwahl teilnimmt. Verzichtet eine Person durch schriftliche Erklärung gegenüber der Wahlleitung bis zum Beginn des Wahlganges auf die Teilnahme an der Stichwahl, so stellt die Wahlleitung fest, dass die Stichwahl mit der verbliebenen Person stattfindet oder wenn beide verzichten, dass eine neue Direktwahl durchzuführen ist. Bei der Stichwahl ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von der Wahlleitung zu ziehende Los. Gibt es nur einen Kandidaten, siehe § 5 (1).</p>	<p>Haben mehr als zwei Kandidaten die identische zweithöchste Stimmzahl erreicht, nehmen diese ebenfalls an der Stichwahl teil. Diese Verfahrensweise gilt auch für weitere Stichwahlen.</p>
<p>(3) Gruppenwahl</p>	<p>(3) Herkömmliche Gruppenwahl</p>
<p>(a) Vor dem Beginn der Wahl beschließt die Versammlung, die Art der Abstimmung: Sammelabstimmung einer Gruppe oder Blockwahl, bei der mehrere Gruppen nacheinander gewählt werden.</p> <p>(b) Jeder Stimmberechtigte hat so viele Stimmen, wie Positionen zu besetzen sind. Ersatzkandidaten und Ersatzdelegierte können mit den Kandidaten oder Delegierten in derselben Gruppenwahl gewählt werden. In diesem Fall hat jeder Stimmberechtigte so viele Stimmen wie Positionen und Ersatzkandidaten- bzw. Ersatzdelegierte zusammen zu wählen sind. Nein-Stimmen zählen als ungültige Stimmen.</p> <p>(c) Ungültig sind Stimmzettel, auf denen weniger als die Hälfte der möglichen Stimmen für wählbare Bewerber oder mehr als die möglichen Stimmen abgegeben sind. Zur Berechnung der Mindeststimmenzahl ist nach oben aufzurunden. Die Reihenfolge der Gewählten ergibt sich aus den auf die Bewerber entfallenden Stimmzahlen. Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung auf der Bewerberliste. Die Bewerber, auf die keine Position mehr entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmzahlen bis zur Höchstzahl als Ersatzmitglieder gewählt.</p> <p>(d) Bei der Blockwahl werden die Anzahl der durchzuführenden Gruppenwahlen und die Anzahl der darin zu wählenden Kandidaten bestimmt. Für die</p>	<p>Vor dem Beginn der Wahl beschließt die Versammlung, ob und ggf. welche Positionen in einem oder mehreren Blöcken gewählt werden.</p> <p>a) Jeder Stimmberechtigte hat maximal so viele Stimmen, wie Positionen zu besetzen sind. Für jeden Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden.</p> <p>Werden leere Stimmzettel verwendet, kann auf dem Stimmzettel alternativ notiert werden:</p> <p>i.</p> <p>So viele Namen von Kandidaten, wie Positionen zu besetzen sind, oder weniger,</p> <p>ii. Nein,</p> <p>iii. Enthaltung (auch abgekürzt).</p> <p>Werden Stimmzettel mit vorgegebenen Kandidaten verwendet, kann folgendermaßen alternativ votiert werden:</p> <p>i.</p> <p>So viele Namen von Kandidaten einmal ankreuzen, wie Positionen zu besetzen sind, oder weniger,</p> <p>ii.</p> <p>Nein (einmal, entweder über oder unter den Namen),</p> <p>iii.</p> <p>Enthaltung (einmal, entweder über oder unter den Namen; auch abgekürzt).</p> <p>Die Abstimmung mit Nein oder Enthaltung bezieht sich jeweils einheitlich auf alle Wahlbewerber.</p> <p>b) Werden mehr Stimmen abgegeben als zulässig, ist der Stimmzettel ungültig. Eine Mindestzahl an abgegebenen Stimmen ist nicht vorgeschrieben.</p> <p>c) Gewählt sind höchstens so viele Bewerber, wie Ämter zu besetzen sind, und zwar die Bewerber mit den meisten erhaltenen Stimmen, allerdings nur die, für die mehr als die Hälfte der Abstimmenden ohne Berücksichtigung der ungültigen Stimmen und Enthaltungen gestimmt haben.</p>

Durchführung der Wahlgänge gelten (b) und (c).	d) Sind nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Am zweiten Wahlgang nehmen von den im ersten Wahlgang nicht gewählten Bewerbern diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen teil, und zwar doppelt so viele, wie noch Positionen offen sind. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Sind danach noch Ämter unbesetzt, die nach der jeweiligen Satzung nicht zwingend besetzt werden müssen, entscheidet die Versammlung, ob ein weiterer Wahlgang durchgeführt wird, ggf. ob dieser als weitere Stichwahl erfolgt oder neue Bewerber zugelassen werden, oder ob die noch fehlenden Ämter einstweilen unbesetzt bleiben.
--	--

§ 7 und § 8 werden ersatzlos gestrichen.

Daher sind Anpassungen in den anderen Paragraphen der Wahlordnung nötig:

§ 3 Absatz 1 entfällt, da sich die Versammlung nicht mehr für eine der drei Arten von Gruppenwahlen entscheiden muss.

§ 4 kann ebenfalls entfallen, da für die Wahl von Delegierten die Regeln der Gruppenwahl anzuwenden sind.

§ 5 Absatz 1 und 2 können entfallen, da sich die Versammlung nicht mehr für eine der drei Arten von Gruppenwahl entscheiden muss.

Damit bleiben § 3 Absatz 2 und § 5 Absatz 3 übrig, welche sich mit den vom Kandidaten beizubringenden Informationen und Auskünften beschäftigen. Diese könnten in § 3 als neuer Absatz 1 und neuer Absatz 2 untergebracht werden.

Demnach folgt aufgrund ersatzlosem Entfallen von § 4 alter Fassung der vorgeschlagene § 5 neuer Fassung, der an die Stelle des § 6 alter Fassung tritt.

§ 9 der alten Fassung wird damit zu § 6 neue Fassung.

Begründung:

Die derzeit gültige Wahlordnung des Landesverbandes Bayern der Alternative für Deutschland hat sich bei den Aufstellungsversammlungen zur Bundestagswahl im Frühjahr 2017 nicht bewährt. Es wurden Regelungslücken und nicht nachvollziehbare Vorgaben erkennbar, die zu zeitraubenden Wiederholungen von Wahlgängen führten. Dies hat dem Landesverband und seinen Mitgliedern nicht unerheblichen finanziellen und organisatorischen Mehraufwand verursacht. Dies gilt es für die Zukunft zu vermeiden.

Im Hinblick auf die Herausforderungen aller anstehenden notwendigen Kandidaten- und internen Vorstandswahlen ist eine praxisorientierte und knappe Wahlordnung wünschenswert.

Die Überarbeitung erfolgte nach Vergleich mit derzeit gültigen Wahlordnungen verschiedener Bundesländer und anderer Parteien. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere das GLKrWG in Bayern, das Gemeinde-Landkreis-

Wahlgesetz, das u. a. dem neuen Text zugrunde liegt, einfache und praxisorientierte Regeln aufstellt. Die Gemeinden und Landkreise sind gehalten eine tragfähige, gerechte und rasche Entscheidung der Bürger herbeizuführen. Dementsprechend kommt es auch nicht zu derartigen Wahlwiederholungen, wie es hier in der AfD Bayern im Frühjahr leider notwendig wurde.

Mit dem oben erarbeiteten Vorschlag zur Neuordnung und Vereinfachung unserer Wahlordnung wird Transparenz für die Stimmberechtigten und die Wahlleitung geschaffen. Aufwändige Wahlwiederholungen und Zeitverlust durch aufwändiges Studium und Auslegung der bislang sehr komplexen und lückenhaften Altregelung wird damit vermieden.

Im Einzelnen:

Änderung § 2 Absatz 3

Die Änderung des § 2 Absatz 3 ist insbesondere hinsichtlich Sammelabstimmungen und Stichwahlen notwendig, da bei der bisherigen Regelung bislang die abgegebenen Stimmen, inklusive Nein-Stimmen zur Ermittlung der Mehrheit herangezogen werden.

Dies hat bei Sammel- und Stichwahlen dazu geführt, dass keine Mehrheit für einen Kandidaten zustande kommen konnte, wenn viele Stimmberechtigte mit Nein gestimmt hatten, weil Nein-Stimmen als gültig abgegebene Stimmen zählten.

Um diese Situation und damit eine Wahlwiederholung zu vermeiden, ist in den kommunalen Wahlordnungen vorgesehen, dass eben nur Ja-Stimmen als gültig abgegebene Stimmen zählen (GLKrWG Bayern, NRW KommwahlG, NKWG(Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz). Gleiches wird in der CSU Satzung bestimmt.

Änderung § 6 Absatz 1 zu § 5 Absatz 1 n. F.

Die Änderung des § 6 Absatz 1 ist notwendig, da einzig in diesem Fall Nein-Stimmen als gültige Stimmen mitgezählt werden und kein unpraktischer Verweis auf § 2 Absatz 3 erforderlich ist.

Änderung § 6 Absatz 2 zu § 5 Absatz 2 n. F.

Die Änderung des § 6 Absatz 2 ist notwendig, da die Neuregelung die Wahlgänge erheblich verschlankt und beschleunigt. Es gilt das oben Gesagte zum Thema ungültige Stimmen. Nein-Stimmen sind bei Sammelabstimmungen nicht gültig, so wie es die kommunalen Wahlgesetze vorschreiben.

In der alten Regelung ist höchst ungewöhnlich bestimmt, dass auch drei Kandidaten an der Stichwahl teilnehmen können. Diese Regelung ist nicht nachvollziehbar und ist daher zu streichen. **Die Kommunalwahlgesetze sehen eine Reduzierung der Kandidaten durch Losentscheid oder Verzicht vor, so dass die Versammlung nur zwei Kandidaten in der Stichwahl vorfindet.**

Insbesondere ist in der alten Fassung nicht geregelt, wie der Sieger der Stichwahl ermittelt wird. Die Lücke wurde im Frühjahr 2017 daraufhin von der Wahlleitung in Anlehnung an § 2 Absatz 3 geschlossen. Weil dabei aber die Nein-Stimmen mitzählten, kam es öfter zu dem unglücklichen Ergebnis, dass nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen – Ja- und Nein-Stimmen zusammen – erreicht war und der Wahlgang komplett neu eröffnet werden musste. Dies wäre in der Kommunalwahl eine absolute Katastrophe. Es ist aber nicht einzusehen, warum sich die Mitglieder der AfD Bayern dies selbst noch einmal antun sollten.

Demnach ist in der Neuregelung Sieger, wer die meisten der gültig abgegebenen Ja-Stimmen erhalten hat. Bei einem Patt entscheidet das von der Wahlleitung gezogene Los. Auch diese Situation hat im Frühjahr 2017 in Bayern stattgefunden und statt dieser einfachen Lösung, wurde der gesamte Wahlgang neu eröffnet. Dies ist nicht noch einmal zumutbar.

Änderung § 6 Absatz 3 Gruppenwahl zu § 5 Absatz 3 n. F. und Streichung der § 7 und § 8

Die Änderung des § 6 Absatz 3 unter Streichung von § 7 und 8 ist notwendig, da nicht nachvollziehbar ist, wieso wir drei verschiedene Wahlverfahren für die Gruppenwahl benötigen. **In allen durchgesehenen Wahlordnungen ist dieser Punkt genauso knapp abgehandelt, wie in der hier vorgeschlagenen Neufassung.**

Die Altfassung krankt wieder daran, dass die Nein-Stimmen mitgezählt werden. Außerdem werden technische Anweisungen für die Ausgestaltung der Stimmzettel geregelt, die in einer Wahlordnung nichts zu suchen haben, da sie diese nur unnötig aufblähen und intransparent machen.

Als besonders hinderlich hat sich dagegen der Verweis auf die Regelung des § 2 Absatz 3 erwiesen, der wieder die Mehrheit für alle Kandidaten verlangt, die bei Mitzählen der Nein-Stimmen gerade schwer zu erreichen ist. Leider war im Frühjahr 2017 in Bayern die Wiederholung von Wahlgängen dieser schlechten Regelung geschuldet. Eine Änderung kann nur durch die vorgeschlagene Neuregelung erreicht werden.

Die Neuregelung verhindert auch Manipulationen durch das **Nichtausschöpfen der Stimmen**. Wie wir im Frühjahr 2017 erlebt haben, kam es auch hierdurch zu Verschiebungen und notwendigen Wahlwiederholungen. Wenn der Stimmberechtigte an einer demokratischen Zusammenarbeit interessiert ist, ist es ihm auch zuzumuten, sich für die Kandidaten zu entscheiden, die schon die Mühe auf sich genommen haben zu kandidieren.

Alle notwendigen anstehenden Wahlen können mit der Neuregelung effektiv und demokratisch erledigt werden. Andere zusätzliche Wahlverfahren verstellen nur den Blick für das Wesentliche: ein rasches und vertrauenswürdiges Ergebnis.

Änderungen der §§ 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 ergeben sich notwendigerweise aus der Änderung des § 6 alter Fassung zu § 5 neuer Fassung.

Es gab eine Einwendung, die der Vollständigkeit halber hier mitgeliefert wird:

„Hallo Iris,

schön von dir zu hören. Ich habe mir deinen Antrag durchgelesen, werde ihn aber nicht mittragen, da meiner Auffassung nach auch Nein Stimmen eine demokratisch legitime Meinungsäußerung darstellen sollten, die bei einem Quorum zu berücksichtigen ist. Denn im Extremfall wäre so bei 2 Kandidaten, die nahezu alle ablehnen, trotzdem einer gewählt, der nur eine Ja Stimmer mehr, wie der andere Kandidat hat. Es wäre also bei 500 Wählern, von denen 497 mit Nein abstimmen, weil sie beide Kandidaten ablehnen, einer gewählt, weil er zwei Stimmen hat, während ein anderer nur eine Stimme hat, da mit deinem Vorschlag alle Nein Stimmen für ungültig erklärt würden.

Beste Grüße
Martin“ (Sichert)

Antwort:

„Servus Martin,

danke für Deinen Einwand, vermutlich hast Du auch anderweitig viel zu tun.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Es gibt mehrere Wahlverfahren, in welchen das Volk seinen Willen kund tun kann. Dabei ist allgemeiner Konsens , dass die Minderheit den Beschluss der (ggf. relativen) Mehrheit akzeptiert. Wenn zwei Kandidaten in eine Stichwahl gekommen sind, heißt das, dass bereits eine demokratische Abstimmung stattgefunden hat. Was soll nicht daran legitim sein, dass sich die Versammlung nun zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden soll. Einer von beiden wird mit relativer Mehrheit gewählt, wenn sich nicht die Versammlung insgesamt der Stimme enthält, was ebenfalls möglich ist. Das wäre in diesem Fall quasi die Nein-Stimme.

Dein Beispiel ist ein Extremfall, der Regelfall in unseren Aufstellungsversammlungen war aber, dass eine Stichwahl zwischen zwei Kandidaten stattfand und das **Quorum nicht erreicht** wurde, **weil sich eine relativ kleine Gruppe enthielt bzw. gegen beide stimmte.**

So geschehen in der Stichwahl zu Platz 8 der BT-Liste zwischen Christian Klinger und mir. Christian erhielt in der Stichwahl 108 Stimmen, ich 143 und bei 294 Abstimmenden hatten sich 41 für keinen von beiden entschieden.

Damit fehlten mir 5 Stimmen um über die Hälfte der abgegebenen Stimmen zu kommen (148). D. h., dass 251 Stimmberechtigte sich mit einem der beiden Kandidaten durchaus anfreunden konnten, während die 41 Stimmberechtigten – **14 % der Versammlung - ihre Meinung den anderen 86 % ausdrücken konnten.** Es gab kein Ergebnis mangels sinnvoller Regelung und **der Wahlgang wurde komplett neu eröffnet.** Dies bedeutet die Herrschaft der Minderheit gegenüber der Mehrheit, was wir sehr gut von unseren Altparteien her kennen, was wir aber alle als undemokratisch ablehnen.

Gleiches Spiel ergab sich bei dem zweiten Versuch den Kandidaten Nr. 8 zu küren, was dann im dritten Anlauf gelang. **Schon der BGH hat diese Endlosschleife erkannt und in einer Entscheidung im Jahr 1982 entschieden, dass das nicht sinnvoll ist! Siehe BGH Aktenzeichen II ZR 164/81, NJW 1982, Seite 1585.**

Wieso passen wir also unsere Wahlordnung nicht den von mir zitierten Vorschriften der Kommunalwahlordnungen mehrerer Bundesländer an, die sich seit siebzig Jahren bewährt haben an und folgen damit den BGH-Juristen?

Es ist unverantwortlich den jetzigen Zustand zu belassen, bei der sich eine kleine entschlossene Gruppe herausnehmen kann, Kandidaten zu verhindern. Wir sollten jetzt präventiv eine praktikable Regelung einführen, die dem Mehrheitswillen der Mitglieder entspricht und uns nicht unnötigen Aufwand beschert."

Ich bitte um Zustimmung zur vorgeschlagenen Änderung der Landeswahlordnung der Alternative für Deutschland in Bayern.

Viele Grüße
Ass. jur.
Iris Wassill
Schriftführerin
KV München Ost
CSU-Watch-Gruppe
Stv. Schriftführerin LaVo

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern

Antragsteller: Landesvorstand Bayern

Der Landesparteitag möge beschließen:

In §8 Absatz 3 der GO Parteitage der AfD Bayern wird eingefügt:

„j) Beschränkung auf Rede und Gegenrede

k) Eröffnung der Debatte“

Am Ende von §5 Absatz 1 wird eingefügt:

„Sämtliche Anträge zur Tagesordnung werden grundsätzlich in Rede- und Gegenrede behandelt, es sei denn, die Versammlung beschließt ein anderes Vorgehen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

4. sonstige Anträge

Antrag zum Landesparteitag der AfD Bayern

Antragsteller: Landesvorstand Bayern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die AfD Bayern fordert die Abschaffung der rechtlichen Grundlagen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Sehr geehrte Antragskommission,

der KV Rosenheim, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Bergmüller, Mitglieds-Nr. 5522, Demmel 10612073, Herwegh 10632608, Wetterstetter 10624667, Kirmaier 10622079, Kohlberger 10607426 stellen folgende Anträge, die keine Satzungsanträge sondern allgemeine Anträge darstellen:

Initiierung eines Volksbegehrens zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung.

Begründung: Als erfahrener Kommunalpolitiker erfährt man laufend, wie umstritten die Straßensanierungen bei den Bürgern sind. Rheinland-Pfalz hat schon eine Sonderregelung eingeführt, die aber auf eine Gebietsansparumlage für die Bürger hinausläuft. In Bayern wird seit einigen Jahren auch im Landtag darüber diskutiert. Letztendlich hat sich die CSU immer wieder durch gesetzt und es blieb im Wesentlichen bei der Umlage von etwa 66 % der Kosten auf die Straßenanlieger, obwohl natürlich auch andere Nutzer als die Anlieger die Straße nutzen! Die Hausbesitzerverbände führen seit Jahren den Widerstand gegen die Ausbaubeitragssatzung an. Die CSU-Staatsregierung versucht zunehmend über die unteren Verwaltungsbehörden Landratsämter die noch verbliebenen etwa ein Drittel an Gemeinden, die noch keine Ausbaubeitragssatzung haben, über die Zuschußgewährung und Haushaltsgenehmigung zu zwingen, diese einzuführen. Die Verwaltungsabrechnung in den Gemeinden mit den Einsprüchen und Prozessen gegen die Bürger ist dabei sehr umfangreich. Schon im Jahre 2000 wollte unsere Gemeinde die Ausbaubeitragssatzung wie zuletzt Umlandgemeinden von München wieder abschaffen. Wir wollten damals die Grundsteuer erhöhen, um alle Bürger daran zu beteiligen, da diese Steuer direkt in die Gemeindekasse geht. Die Münchner Umlandgemeinden verloren leider die Prozesse zur Abschaffung. Daher wäre ein Volksbegehren für uns als Bürgerpartei ein sinnvolles Instrument, um eine Änderung im Landtag herbei zu führen. Nur diese Gesetzesänderung bzw. Abschaffung der Ausbaubeitragssatzung bringt Rechtssicherheit! Zur Kompensation könnte auch den Gemeinden eine Umsatzsteuerbeteiligung oder höhere Gewerbesteuerbeteiligung gewährt werden.

Kitzingen, den 15. Dez. 2017

Antrag für den Landesparteitag der AfD Bayern am 6.Jan. 2018

Bezeichnung: **Verbesserung der Transparenz der Landesfachausschüsse**

Antragsteller: Dr. Theo Gräf, Mitglied Nr. 10628052

Antragstext: Die Aktivitäten der Landesfachausschüsse soll durch die folgenden Massnahmen transparenter gemacht werden:

1. Alle Landesfachausschüsse sollen verpflichtet werden, 3 Quartalsberichte für die Zeitpunkte Q1, Q2 und Q3 zu erstellen.
2. Alle Landesfachausschüsse sollen verpflichtet werden, einen Jahresbericht zu erstellen.
3. Alle Berichte sollen auf der internen Internetseite veröffentlicht werden und mit den Zusatz «*VERTRAULICH – Nur für AfD Mitglieder*» versehen werden.
4. Die Berichte sollen hinsichtlich ihrer Struktur normiert werden, um ihre Handhabung zu verbessern.
5. Die Quartalsberichte sollen Kurzberichte sein und eine Länge von maximal einer DIN A4 Seite haben. Diese Berichte sollen folgenden Informationen beinhalten:
 - a) Name des LFA
 - b) Berichtszeitraum
 - c) Ansprechpartner mit Kontaktdaten
 - d) Anzahl der Mitglieder
 - e) Anzahl der Sitzungen
 - f) Diskutierte Themen und deren aktueller Stand
 - h) Ausblick (nächste Schritte und Themen)
6. Der Jahresbericht soll eine Zusammenfassung der einzelnen Quartale sein. Zusätzlich soll es eine Stellungnahme geben, wie gut (oder schlecht) die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bundesfachausschüssen funktioniert.
7. Der Landesvorstand soll die Möglichkeit haben, einzelne Themen als «*nicht öffentlich*» zu deklarieren, wenn dies für die Wahlkampf-vorbereitung wichtig ist. Der «*nicht öffentlichen Teil*» ist auf ein Viertel zu beschränken.

Begründung:

Durch diese einfach durchzuführende Maßnahme, soll die Arbeit der Landesfachausschüsse transparenter gemacht werden. Den Mitgliedern gibt dies die Möglichkeit, sich zielgerichtet über den aktuellen Stand einzelner Themen informieren zu können. Ein akkurater Kenntnisstand ist eine solide Basis für die Eingabe von Ideen und Vorschlägen. Des Weiteren verbessert sich hierdurch die Kommunikation zwischen Mitgliedern, Landesfachausschüssen und dem Landesvorstand. Hierdurch wird die Identifikation der Mitglieder mit ihrer Partei stärker, da Basisdemokratie gelebt wird. Hiervon wird die AfD insgesamt profitieren.



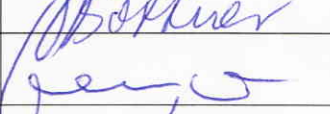
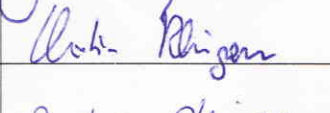


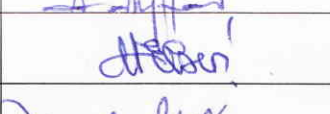
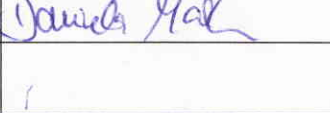
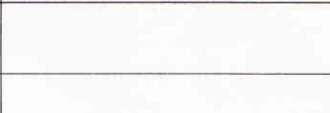
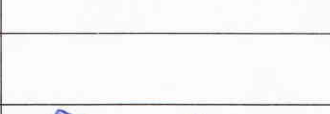
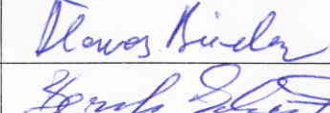
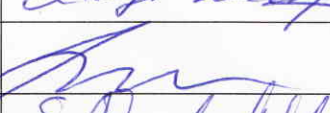
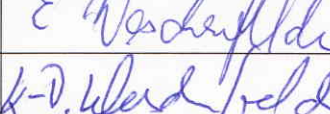
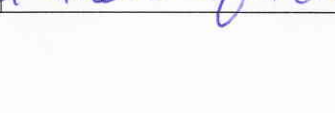


Unterstützerunterschriften

Wir unterstützen den Antrag «Verbesserung der Transparenz der Landesfachausschüsse».

Nr.	Name	Mitglied Nr.	Unterschrift
1.	THIMM, PETRA	10624670	Thimm
2.	WILIMSKY STEFAN	00001959	S. Wilimsky
3.	Walle Ulf	?	
4.	MICHAEL GERTHARD	10593102	M. Gerthard
5.	Martin Peter	10601625	M. Peter
6.	Schöffner Eike		Schöffner
7.	Plathner Jens	10610012	Plathner
8.	Philip Döcker		P. Döcker
9.	Christine Rote	10597066	C. Rote
10.			
11.			
12.			
13.			
14.			
15.			
16.			
17.			
18.			
19.			
20.			

Unterstützerunterschriften

Wir unterstützen den Antrag «Verbesserung der Transparenz der Landesfachausschüsse».

Nr.	Name	Mitglied Nr.	Unterschrift
21.	Normann Johannes	4592	
22.	Böttner Klaus	10 58 72 12	
23.	Böttner Iselde	10592516	
24.	GRAUPNER, Richard	10538634	
25.	Klingen, Christian	7257	
26.	Klingen, Andrea	14 14 2	
27.	Hock Georg	7 67 4	
28.	Bernhard Heß	10587357	
29.	Andreas Heimrich Horn	10635886	
30.	Mariana Elsen	10610519	
31.	Daniela Mahler	10606976	
32.			
33.			
34.			
35.			
36.	Bieders Thomas	10607627	
37.	Schubmann Bernd	10 599418	
38.	Lenzer Stefan	10593132	
39.	Wescherfelder		
40.	Wescherfelder		

Antrag auf Anweisung des Landesvorstands der AfD-Bayern allen gewählten und stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern der Kreisverbände, Zugang zu sämtlichen Mitgliederdaten zu ermöglichen.

Antragssteller:

Stefan Eck

Mitgliedsnummer 10624875

Unterstützer:

s. Unterschriftenliste(n)

Es wird beantragt:

Die Versammlung des Landesparteitages, 06. bis 07. Januar 2018 in Greding möge beschließen, dass

der Landesvorstand des Landesverbandes Bayern der AfD allen gewählten und stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern der Kreisverbände Zugang zu sämtlichen Mitgliederdaten des Kreisverbands ermöglichen muss. Ausgenommen davon sind Finanzdaten (z.B. Kontoverbindungen). Zu den zugänglich zu machenden Daten gehören insbesondere die Daten der Mitglieder, die Daten der Aufnahmekandidaten zur Mitgliedschaft in der AfD, die Daten der vom Kreisverband abgelehnten Aufnahmekandidaten zur Mitgliedschaft in der AfD sowie die dazu existierenden Aufzeichnungen.

Begründung:

1. Gemäß der derzeitigen Regelung im Landesverband Bayern (MGV-Informationen 2017-10-31 und Funktionsträger-Info MGV: MGV-04C) werden Vorstandsmitglieder der Kreisverbände von Informationen zu Mitgliedern ausgeschlossen, welche diese für die Geschäftsführung benötigen.
2. Die derzeitige vom Landesvorstand initiierte Regelung mit *Mitgliederverantwortlichen Vorständen*, die vom Kreisvorstand mittels Vorstandsbeschluss bestimmt werden, öffnet dem Rechtsmissbrauch Tür und Tor. Wollen z.B. vier – zusammen gegen das Parteiwohl agierende – Vorstandsmitglieder ihre Opposition im Kreisverband ausbooten, dann schließen sie die drei missliebigen Vorstandsmitglieder von den Mitgliederinformationen aus. Die vier Mitgliederverantwortlichen Vorstände entziehen sich mit diesem „demokratischen“ Vorgehen jeglicher Kontrolle.
3. Das Vorenthalten von Informationen geschieht widerrechtlich, da alle Mitglieder eines Kollegialorgans die gleichen Rechte und ebenso Pflichten haben. Die AfD ist angetreten, Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen (z.B. rechtsbrüchige Einwanderungspolitik der Regierung).

4. Dieser Antrag soll schnell Rechtssicherheit herstellen. Zurzeit werden von Mitgliederversammlungen gewählte Vorstandsmitglieder von einer effektiven Geschäftsführung quasi ausgeschlossen. Ohne notwendige Informationen ist eine wirksame Kontrolle des Vorstandshandelns nicht möglich. Verantwortungslose Vorstände lehnen z.B willkürlich Aufnahmekandidaten zur Mitgliedschaft ab, deren Einstellungen absolut im Einklang mit dem Parteiprogramm stehen. Dieser Antrag verhindert ein langwieriges Schiedsgerichtsverfahren, womit weitere ähnliche und parteischädigende Fälle vermieden werden.

Das Vorliegen der Erklärungen seitens der Unterstützer wird hiermit versichert.

Unterstützer:

Mitgliedsnummer	Mitgliedsnummer
Alfred Sacher	10596211
Thomas Tomecko	8214
Ernst Rosner	10612433
Christian Klingen	7257
Andrea Klingen	14142
Johannes Normann	4592
Georg Hock	7674
Dr. Christian Petersen	3260
Herbert Bloss	10614753
Hans-Jürgen Zemke	10622129

Antrag an den Landesverband Bayern

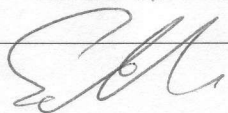
Sehr geehrte Damen und Herren,
im Zuge der Nachbetrachtung diverser Vorstandswahlen und
Aufstellungsversammlungen stelle ich folgenden Antrag:

Der Landesvorstand der AfD Bayern möge Kriterien formulieren, die den
Mitgliedern ermöglichen, sich bei Wahlen – zusätzlich zu den Bewerbungsreden
– ein Bild des jeweiligen Kandidaten zu machen. Hierbei geht es vor allem um
den Leistungswillen und die Leistungen, die der Betreffende erbracht hat.

Begründung:

Bisher war man ausschließlich auf „Empfehlung“ und Bewerbungsreden
angewiesen, um einen Kandidaten für ein Amt zu wählen. Um Seilschaften so
weit wie möglich auszuschließen und damit ein „gewünschtes“ Ergebnis im
Vorfeld zu erschweren, soll es den Mitgliedern möglich sein, sich über die
erbrachten Leistungen im Sinne der Partei zu informieren und sich somit
unabhängiger ein Bild des Kandidaten im Hinblick auf künftige zu erwartende
Leistungen zu machen. In Sinne einer Basisdemokratie in der durchaus
Leistung ein Auswahlkriterium sein sollte (analog Beurteilungen im öffentl.
Dienst für Beförderungen oder in der freien Wirtschaft um den geeignetsten
Stellenbewerber auszusuchen)

Wolfgang Sidamgrotzki

Name	Mitgl.-Nr.	Unterschrift
Sidamgrotzki Wolfgang	10580354	
Krestel Klaus	10612050	
Förster Daniela	10608352	
Marino Claudia	10576173	
Wendler Frank	7598	
Merlot Dorothe	7809	
Gebhardt Peter A.	2333	
Pirzer Stefan	10573962	

Ammon Linda	105 73 786	
Beisler Jürgen	106 124 62	
Sidamprski Regina	105 95 333	Mörrig
Sidamprski Stefan	105 972 71	
Kuam Werner	105 76 108	Ammon
Ramdohr Klaus	106 234 92	als
Zann Martina	106 14 723	Martina Zann
Zann Heiner	106 14 722	
Frank Lohr	106 276 48	
Liebold Wolfgang	105 84 892	
Germet Bielitz	7983	Spier
Lothar Nape		
Gabriele Bielitz	106 07 283	
Klaus Rohrer		
Andrea Kluge		

Antragsteller: Manfred Schmidt u.a.

85598 Baldham, den 15.12.2017

Ligusterweg 7

Tel.: 08106 – 34660

E-Mail: manfred.schmidt@afdbayern.de

Kündigung der kostenträchtigen Staatskirchenverträge

Beschluß-Antrag

Der Landesparteitag im Januar 2018 in Greding möge beschließen:

Der AfD-Landesverband Bayern initiiert ein **Volksbegehren** gemäß Art. 74 der Verfassung des Freistaates Bayern (BV) mit dem Ziel, die **Kirchenstaatsverträge** mit der evang.-luth. Kirche sowie mit der röm.kath. Kirche in Bayern (Konkordate) zu **kündigen**.

Hierzu soll der bisherige Vizepräsident des Landesschiedsgerichtes Bayern, Manfred Schmidt, dem Landesvorstand möglichst bis zum **20.02.2018** einen entsprechenden Gesetzentwurf mit Begründung gemäß Art. 74 Abs. 2 BV vorlegen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, nach erfolgter Prüfung, möglichst bis zum **31.03.2018**, das Volksbegehren einzuleiten, gleichzeitig wird er zur Einholung einer gutachterlichen Stellungnahme eines Staatsrechtlers oder eines einschlägigen Fachanwaltes ermächtigt, sofern die Kosten hierfür **1.500 € + MWS** nicht überschreiten.

Der Landesvorstand soll das Volksbegehren mit einer **Landespressekonferenz** sowie weiterer öffentlicher Kommunikation **publikumswirksam starten**.

Begründung:

Mit wachsendem Bekanntheitsgrad ihres für die bayerischen Steuerzahler kostenträchtigen Inhalts stellen die Staatsverträge mit den beiden „Amtskirchen“ ein sich steigendes **Ärgernis** dar, das sich der AfD Landesverband Bayern **öffentlichkeitswirksam** als **politisches Alleinstellungsmerkmal** nutzbar machen sollte.

Besondere Empörung löst die seinerzeit – unter **anderen Voraussetzungen vereinbarte** - Übernahme der Gehälter für das gesamte amtskirchliche Führungspersonal durch den bayerischen Steuerzahler aus; **weithin verbreitete** Ansicht: „**Die Kirchen sollen doch ihre Funktionsträger aus eigenen Mitteln bezahlen !**“

Im bayerischen Staatshaushalt sind im Jahre 2017 nahezu **100 Mio. €** als vertraglich festgelegte Staatsleistungen für **Personal-** und **Sachaufwand** der beiden sog. Amtskirchen veranschlagt. Damit werden bei der Röm.-Kath. Kirche die Gehälter der höher besoldeten kirchlichen Amtsträger, angefangen von den Kardinälen über die Weihbischöfe bis hin zu den Generalvikaren und bischöflichen Sekretären sowie Domprobsten und Domdekanen im Rahmen der seit nunmehr fast 100 Jahre alten Verträge übernommen, teilweise werden ihnen auch noch Wohnungen kostenfrei zugewiesen.

Bei der Evang.-luth. Kirche werden u.a. die Gehälter des Landesbischofs und dreizehn weiterer Mitglieder des Landeskirchenrates in Höhe der Besoldungsgruppe (BesGr) B 10 (= wie Staatssekretäre) über B 5 (= Landrat) bis zur BesGr. A 14 (= Oberregierungsrat) übernommen; auch dieser Vertrag ist inzwischen fast 100 Jahre alt.

Befremdlich erscheint, daß die beiden sog. Amtskirchen noch nicht einmal ihr eigenes Führungspersonal aus kircheneigenen Mitteln bezahlen, sondern sich vom Staat, also von der Gesamtheit der **Steuerzahler**, „**aushalten**“ lassen, obwohl sie durch das Grundgesetz garantiert ohnedies Kirchensteuer in Höhe von 8- 10 % der jeweiligen Einkommensteuer von ihren Mitgliedern erheben können.

Sie halten ungerührt an diesen unter erheblich anderen Voraussetzungen abgeschlossenen Verträgen fest, obwohl sie durch die jahrzehntelangen üppigen Staatsleistungen sozusagen im **Reichtum erstarkt** und die finanziellen Nachteile der Säkularisation längst ausgeglichen sind und obwohl ihnen inzwischen nur noch etwa gut 50 % der deutschen Bevölkerung angehören; zur Zeit der Vertragsabschlüsse waren es hingegen noch über 95 %.

Zwar enthalten die Staatskirchenverträge **keine Kündigungsklauseln**, gleichwohl sind wegen der erheblich veränderten Umstände („**clausula rebus sic stantibus**“) bzw. des **Wegfalls** der **Geschäftsgrundlage** und nicht zuletzt wegen nachhaltig **mangelnder Rechtstreue** durch das mit „konstanter Bosheit“ seit Jahren unvermindert praktizierte, aber verfassungswidrige, Kirchenasyl durchaus **Kündigungsgründe** gegeben.

Jedenfalls wird diese Möglichkeit auch in der einschlägigen Fachliteratur mehrfach vertreten.

So spricht **Kommentator Stefan Mückl** in seinem im Duncker & Humblot-Verlag, Berlin, 2007 unter Band 46 („Staatskirchenrechtliche Abhandlungen“) erschienenen Werk „**Das Recht der Staatskirchenverträge**“ ausdrücklich der **einseitigen Kündigungsmöglichkeit** des **Staates** das Wort, weil sonst die **staatliche Handlungsfreiheit unzulässig eingeschränkt** würde (3. Teil: „Die (Selbst-) Bindung des Staates durch Staatskirchenverträge – 2. Die Kündigung der Konkordate“, Sn. 76 ff.a.a.O.)

Dabei stellt er einschränkend fest, daß die **Vertrags-Beendigung gegen den Willen des Vertragspartners** nur in **zwei** Fällen in Betracht kommt:

Zunächst im Fall der erheblichen Vertragsverletzung durch eine Partei, sodann unter den Voraussetzungen der clausula rebus sic stantibus“.

Die clausula rebus sic stantibus (c.r.s.s.) ermöglicht als unstrittig anerkanntes **Rechtsinstitut** die „**Reaktion** auf eine **gravierende, unvorhergesehene Änderung der Verhältnisse**“ (s. S. 81 a.a.O.).

Die c.r.s.s. läßt sich m.E. durch zwei Tatsachen begründen: Zum einen durch die **grundlegende Veränderung** bei den **kirchlichen Mitgliederzahlen** von ca. **95 %** und mehr (quasi „Staatsreligion“) zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse gegenüber aktuell nur noch gut rund **50 %** mit weiter fallender Tendenz.

Zum anderen mit der inzwischen eingetretenen **gravierenden Verbesserung** der **amtskirchlichen Finanzen** infolge der **jahrzehntelangen üppigen Staats-Dotationen** sowie der **immer kräftiger sprudelnden Einnahmen** aus der **verfassungsrechtlich garantierten Erhebung der Kirchensteuer** (Art. 140 GG) .

Dabei kann hilfsweise zur c.r.s.st. auch noch der mit ihr verwandte, aber nicht identische „**Wegfall der Geschäftsgrundlage**“ – unter Zuhilfenahme der vor erwähnten Argumente herangezogen werden. Die Folgen der Säkularisation in Verbindung mit dem „Reichsdeputationshauptschluß 1803 sind schon längst weit darüber hinaus ausgeglichen. Die alternativ allein schon ausreichende „**erhebliche Vertragsverletzung**“ läßt sich m.E. sehr gut mit dem aufgrund unverständlicher staatlicher Duldung ständig praktizierten Kirchenasyl trefflich begründen; Kirchenasyl nämlich ist verfassungswidrig, es **mißachtet** das Gewaltmonopol des Staates und **verletzt** das **Rechtsstaatsgebot** unseres Grundgesetzes.

Demgegenüber ist die im Grundgesetz verlangte **Ablösung** (s. Art. 140 GG in Verbindung mit dem inkorporierten Art. 138 der deutschen Verfassung vom 1. August 1919 – „Weimarer Reichsverfassung“ - WRV) der Staatsleistungen wegen der damit verbundenen erheblichen Kosten für die öffentlichen Haushalte aktuell **nicht empfehlenswert**; wohl deswegen wurde davon bisher trotz einiger Anläufe letztlich wegen der **astronomisch hohen amtskirchlichen Geldforderungen** kein Gebrauch gemacht.

Ein **Volksbegehren** könnte daher **Bewegung** in die **erstarrte**, aber kostspielige Thematik bringen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen diese üppigen und längst nicht mehr zeitgemäßen Staatsdotierungen als echtes **Ärgernis** an, sobald sie darüber **endlich informiert** werden, woran die Kirchen verständlicher Weise kein besonderes Interesse haben.

Die **politischen Chancen**, die sich als **Alleinstellungsmerkmal** bei der Inangriffnahme dieses „**heißen Polit-Eisens**“ in weiten Kreisen der Bevölkerung ergeben, sollten nicht unterschätzt werden.

Auch wenn gerade angesichts der aktuellen **staatlichen Konfliktvermeidungs-Strategie** gegenüber den Amtskirchen keineswegs die Zulassung des Volksbegehrens durch das Bayerische Staatsministerium des Innern gewährleistet ist – wobei eine evtl. Ablehnung noch durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof überprüft werden könnte – so ist doch allein schon die **unvermeidliche öffentliche Diskussion** und das zu erwartende **lebhaftes Echo vieler Bürger** gerade vor den anstehenden **Landtagswahlen** ein **nicht zu unterschätzender politisch-taktischer Gewinn** für **unsere AfD**, vielleicht sogar mit **strategischem** Ausmaß.

Allerdings muß dabei immer wieder betont werden, daß diese AfD-Aktion sich **keineswegs gegen die christliche Religion** richtet, sondern ausschließlich **ungerechtfertigte Privilegien** der Amtskirchen und vor allem ihrer „Würdenträger“ abbauen bzw. beseitigen will.

Diese **kostenträchtigen Privilegien** und die zunehmend nach **links ausgerichtete offizielle Kirchenpolitik** ihrer derzeitigen Amtsträger lösen – soweit ersichtlich – bei vielen **christlich-religionstreuen**, aber gleichzeitig **amtskirchlich skeptischen** Mitbürgerinnen und Mitbürger deutliches **Mißbehagen** aus.

Mit damaligen „kirchlichen Würdenträgern“ ging schon unser Herr Jesus Christus bei seiner **Generalabrechnung** mit deren **Eitelkeit** und **Heuchelei** hart ins Gericht, nachzulesen in dem **herzerfrischenden** Kapitel 23 des Matthäus-Evangeliums (z.B. Vers 23: „**Weh Euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler...**“) der **ewig zeitlosen Bibel**, das diesem Antrag beigelegt ist.

Vielleicht und hoffentlich kann gerade unser Volksbegehren dazu beitragen, daß sich unsere christlichen Kirchen wieder mehr auf ihre **christlichen Wurzeln** besinnen; **Eitelkeit, Luxus** und die Jagd nach dem schnöden **Mammon** hat der Herr **Jesus** jedenfalls **nicht gepredigt**, kein Wunder, daß gerade über Kap. 23 des Matthäus-Evangeliums in den **Gottesdiensten** praktisch nie gepredigt wird, die **amtskirchlichen „Würdenträger“ fürchten** es wohl wie der „**Teufel das Weihwasser**“.

Mit den besten Grüßen

Manfred Schmidt, AfD//FBU-Gemeinderat in Vaterstetten

Vizepräsident des Landesschiedsgerichtes Bayern

Sehr geehrte Antragskommission,

der KV Rosenheim, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Bergmüller, Mitglieds-Nr. 5522, Demmel 10612073, Herwegh 10632608, Wetterstetter 10624667, Kirmaier 10622079, Kohlberger 10607426 stellen folgende Anträge, die keine Satzungsanträge sondern allgemeine Anträge darstellen:

1. Die Mitgliederaufnahme soll über die Kreisverbände direkt erfolgen. Laut Auskunft des Landesvorsitzenden Bystron gibt es dazu das nötige System. Fragwürdige Aufnahmen können durch die Einspruchsfrist von zwei Monaten durch den Bezirk korrigiert werden.

Begründung: Viele Kreise klagen über die langen und bürokratischen Aufnahmeregularien, die auch zu Unmut wegen der langen Wartezeiten bei Neumitgliedern führen. Wir brauchen aber auch aus Gründen der Parteienfinanzierung wesentlich mehr Mitglieder. In der Regel sind die Kreisverbände nahe an den Mitgliedern und können effektiv schnell beurteilen, ob eine Aufnahme unter Berücksichtigung der Unvereinbarkeitsliste erfolgen kann!

Antrag LPT:


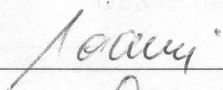
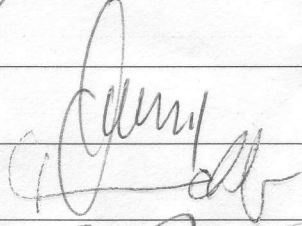
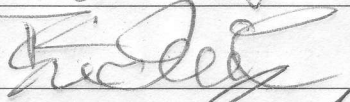


Der Landesparteitag möge beschließen, dass Programm-Anträge oder

entsprechende Vorschläge, die von den LFA's erarbeitet wurden, grundsätzlich den Mitgliedern zur Kenntnis und Abstimmung vorgelegt werden müssen, auch wenn sie von der Programmkommission nicht behandelt oder abgelehnt wurden.

Begründung:

In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass von den LFA's als wichtig erachtete Themen durch die Programmkommission nicht behandelt bzw. als „schädlich“ oder „kritisch“ eingestuft wurden. Tatsächlich ist es aber das elementare Recht und auch die Pflicht der Mitglieder, darüber zu entscheiden, welche Themen im Programm Aufnahme finden und welche nicht. Beim derzeitigen Verfahren wird aber nur wenigen Personen die Macht an die Hand gegeben, die Steuerung in der Programmatisik zu beeinflussen, ohne dass die Basis Einblick hat. Es sind jedoch die Mitglieder, die das Programm für tragfähig und umsetzbar erklären müssen, um hinter ihm stehen können. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, sämtliche Punkte zu kennen und somit eine Basisdemokratie zu ermöglichen. Nur wer sämtliche Fakten kennt, kann auch objektiv entscheiden.

Wolfgang Sidamgrotzki

Name	Mitgl.-Nr.	Unterschrift
Wolfgang Sidamgrotzki	10530354	
Klaus Krestel	10612050	
Daniela Förster	10608352	
Frank Wendler	7598	
Dorothe Merlot	7809	
Peter A. Gebhardt	2333	
Stefan Pirzer	10573962	
Linda Amon	10573786	
Jürgen Beisler	10612462	
Rainer Sidamgrotzki	10595333	
Stefan Sidamgrotzki	10597271	
Werner Knani	10576108	
Klaus Raudor	10623432	
Manfred Fickel	10625926	
Dieter Leusch	10607168	
Alexander Neumeyer	10595329	

Zann Martina

10614 723

Martina Zann

Zann Heiner

10614 722

Weikert Jens

106 237 15

~~Jens~~

Liebold Wolfgang

105 84 892

Wolfgang

Gabriele Blech

10607283

Gabriele

Gronnet Bieleitz

7983

G. Bieleitz

Klaus Rohrerhuber

5. Bewerbung Landesschiedsgericht

Denislav Petrov, Ainring

An
Antragskommission
Landesparteitag AfD Bayern

Per E-Mail an: antragskommission@afdbayern.de

Ainring, 27.12.2017

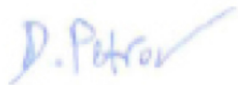
Betreff: AfD Bayern, Landesparteitag am 06./07.01.2018
Kandidatur für ein weiteres Mandat als Schiedsrichter beim Landesschiedsgericht
Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit kandidiere ich für ein weiteres Mandat als Schiedsrichter beim Landesschiedsgericht
Bayern.

Falls ich gewählt werde, nehme ich hiermit die Wahl an.

Mit freundlichen Grüßen



Denislav Petrov

SOFTWARE & DESIGN-TOOLS

Designelemente sind heute ein entscheidender Bestandteil erfolgreicher Kommunikation.

Lernen Sie Software-Grundlagen und erfahren Sie an praxisbezogene Einsatzbeispielen wie Sie die Software nutzen können.

SEMINARANGEBOT

- Photoshop Grundlagen
- Photoshop im Einsatz
- Paint.NET Grundlagen
- Paint.NET im Einsatz

ONLINE-SEMINAR

maximal 10 Teilnehmer

Dauer: max. 2 Std.

Preis: kostenlos

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- Medienmitarbeiter

SOCIAL MEDIA

Platzieren Sie Ihre Botschaften zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Die Sozialen Netzwerke sind ein wichtiger Baustein in der Kommunikation für Politik und Politiker.

Lernen Sie über Möglichkeiten und Tipps für einen effektiven Einsatz.

SEMINARANGEBOT

- Facebook
- Twitter, Instagram
- YouTube

BUCHBAR VOR ORT

maximal 10 Teilnehmer

Dauer: 1 Tag/8 Std.

Preis: folgt

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- Social Media Mitarbeiter
- Presse Mitarbeiter



Schulungsangebot für die AfD Bayern

Zur Vorbereitung auf die Landtagswahl und bis eine Parteistiftung ihre Arbeit aufnehmen kann, bietet der Landesverband Bayern Seminare und Workshops zu verschiedenen Themen an.

Im vorliegenden Flyer finden Sie einen ersten Überblick über die Themenblöcke. Hierzu definieren wir gerade die Inhalte und führen Gespräche mit verschiedenen Referenten. Darum gibt es noch keine Preisangaben.

Melden Sie uns bitte Ihr Interesse. Das würde uns bei den Planungen helfen.

- Welche Seminarthemen interessieren Sie? Gerne auch neue aufnehmen.
- Wo sollte das Seminar stattfinden?
- Wie viele Teilnehmer planen Sie?

seminare@afdbayern.de

Aktuelle Informationen zu Seminaren erhalten Sie dann jeweils als Newsletter des Landesvorstandes.

Stand: Januar 2018

Antragsbuch LPT 06/07.01.18

INTERVIEW UND MEDIENTRAINING

Der richtige Umgang mit den Medien ist die Basis für eine professionelle Pressearbeit und die daraus folgende Berichterstattung. Lernen Sie Regeln und Kniffe für Interviews und Diskussionsrunden. Trainieren Sie in konkreten Situationen Ihre Schlagfertigkeit und Ihr Basiswissen.

SEMINARANGEBOT

- Grundlagen Medientraining
- Aufbau Medientraining
- Einzelcoaching Medientraining

BUCHBAR VOR ORT

maximal 5 Teilnehmer
Dauer: 1 Tag/8 Std.

Preis: folgt

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- MdBs und MdLs
- Kommunalpolitiker

RHETORIK UND SPRECHTRAINING

Es ist nicht nur wichtig was man sagt, sondern auch wie man es sagt. Lernen Sie im Sprechtraining, wie Sie ihre Reden im Plenum oder Beiträge in Diskussionen am besten gestalten. Trainieren Sie an Praxisbeispielen Ausdruck und Betonung.

SEMINARANGEBOT

- Grundlagen Rhetorik
- Aufbau Rhetorik
- Einzelcoaching Rhetorik
- Reden schreiben und halten

BUCHBAR VOR ORT

maximal 5 Teilnehmer
Dauer: 1 Tag/8 Std.

Preis: folgt

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- MdBs und MdLs
- Kommunalpolitiker

PRESSEARBEIT

Die systematische Planung und Durchführung ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche PR. Lernen Sie praxisbezogene Pressearbeit. Lernen Sie die Bedürfnisse auf Seiten der Verlage kennen und lassen Sie sich in den nötigen Prozessen schulen.

SEMINARANGEBOT

- Grundlagen Pressearbeit
- Aufbau Pressearbeit
- Praxis Pressetexte

BUCHBAR VOR ORT

maximal 10 Teilnehmer
Dauer: 1 Tag/8 Std.

Preis: folgt

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- Presse Mitarbeiter

SCHATZMEISTER-SCHULUNG

Der Schatzmeister hat eine Schlüsselfunktion innerhalb von Vereinen und Parteien. Hier ist äußerte Sorgfalt, Systematik und Fachwissen eine Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der ganzen Struktur.

SEMINARANGEBOT

Grundlagen, Prozesse, Planung, Controlling und Forecast

BUCHBAR VOR ORT

maximal 10 Teilnehmer
Dauer: 1 Tag/8 Std.

Preis: folgt

ZIELGRUPPE

- Interessierte
- Schatzmeister
- Büro-Mitarbeiter